

Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: Dr. jur. D. Hammann.

VIII. Jahrgang.

Berlin, Dienstag, den 24. September 1889.

N^o 75.

Freisinnige Taktik.

Die „Schlesische Zeitung“ schlug kürzlich, zunächst für Breslau, den Abschluß eines Kartells der Kartellparteien mit den Freisinnigen gegen die Socialdemokraten vor und in der That ist für Breslau wie für viele andere Wahlkreise kein anderer Weg vorhanden, um der Gefahr socialdemokratischer Wahlen wirksam zu begegnen. Bei den Wahlen 1884, als die socialistische Arbeiterpartei 23 Sitze errang, hatte die Zersplitterung und Feindschaft unter den bürgerlichen Parteien das Meiste an diesem traurigen Erfolge verschuldet. Es mag noch ununtersucht bleiben, um wie viel Grade weniger schlimm die Wahl eines Deutschfreisinnigen gegenüber derjenigen eines Socialdemokraten erscheinen mag; einstweilen bietet die Haltung der Richter'schen Presse zu jenem Vorschlag einer allgemeinen Verständigung der bürgerlichen Parteien nicht die geringste Aussicht zu seiner Verwirklichung. Die freisinnigen Führer halten noch heute an den vielfältigen Mahnungen bei den für eine hohe Sache des Reiches so wichtigen Septennatswahlen fest, daß unter allen Umständen die Wahl von Kartellkandidaten verhindert werden müsse, d. h. daß jeder Socialdemokrat vor jedem Konservativen oder Nationalliberalen den Vorzug verdiene. Sie rechnen dabei so: Ob ein Socialdemokrat weniger oder mehr im Reichstage sitzt, ist in Bezug auf die socialistischen Forderungen ganz gleichgültig, weil diese doch immer in kleiner Minderheit bleiben; es ist aber nicht gleichgültig in Bezug auf die Mehrheitsverhältnisse im Reichstage, denn ein Socialdemokrat mehr bringt uns der Möglichkeit einer neuen Aera Windthorst-Richter-Grillenberger näher. Ueber das wahrhaft klägliche Bewußtsein, seine Combinationen auf der Reichsfeindschaft — in diesem Falle ist das Wort unzweifelhaft am Platze — von Welsen, Polen, Französlingen und Dänen aufzubauen, muß der Gedanke an die größere parlamentarische Macht der Führer hinweghelfen, mag diese Macht auch nur im Regiren und Verhindern und niemals bei der sonstigen Verschiedenartigkeit des socialistischen, freisinnigen, welsischen u. s. w. Standpunkts im positiven Leisten bestehen können.

Es ist nun aber doch kaum denkbar, daß sich die freisinnigen Wähler wie in so vielen anderen, namentlich persönlichen Angelegenheiten, so auch in der grundsätzlichen Frage einer Waffenbrüderschaft mit den Socialisten die Tyrannei ihres Höchstkommmandirenden gefallen lassen werden. Schon bei den Stichwahlen 1887 verlagte die Richter'sche Warnung: Kein Freisinniger darf einem Kartellkandidaten seine Stimme geben, vollständig. Ferner scheint der Abfall der Fortschrittler in Sachsen, wo man die Socialdemokratie am genauesten zu beobachten Gelegenheit hat und wo allgemein deren Niederlagen in Folge des festen Zusammenhalts aller bürgerlichen Elemente als eine Wohlthat empfunden werden, von der freisinnigen Partei unmittelbar bevorzustehen. Die sächsische Fortschrittspartei hatte sich vor drei Jahren offen und entschieden an das Kartell angeschlossen, ohne zugleich formell von der freisinnigen Partei sich loszusagen. Letztere ging inzwischen mit Gründung von Localvereinen in Sachsen vor, welche lediglich den Winken des Abgeordneten Richter zu folgen hatten und in einer Generalversammlung in Chemnitz den Beschluß faßten, daß bei den nächsten Reichstagswahlen jeder freisinnige Wähler, sobald es sich um die Wahl eines Kartellgenossen oder eines Socialdemokraten handle, nicht für Jenen, sondern für Diesen zu stimmen habe. In Folge dieses Beschlusses betonte ein Führer der Fortschrittspartei in der Dresdener Zeitung, daß jene mit der radikalen Richter'schen Richtung nichts mehr gemein haben dürfe, da „kein Mitglied der Fortschrittspartei im Lande fähig wäre, einen solchen Verrath (Anschluß an die Socialdemokraten) zu üben.“ In einem zweiten Artikel desselben Führers heißt es: „Was den Wunsch anlangt, daß die sämtlichen Mitglieder der sächsischen Fort-

schriftspartei aus der deutschfreisinnigen Partei, nachdem es in der That erwiesen scheint, daß innerhalb derselben der Richter'sche Einfluß der dominirende bleiben sollte, ausscheiden möchten, so theilt Verfasser dieses denselben vollständig, da nur durch diesen Schritt der zur Zeit noch große Einfluß der Fortschrittspartei in Sachsen dauernd und wachsend erhalten werden kann.“

Wahrscheinlich wird das sächsische Beispiel nicht vereinzelt bleiben. Aber vielleicht wird auch die Hülfe der Socialdemokratie dem Abgeordneten Richter die Neutereien im eigenen Lager verschmerzen lassen. Ob diese Hülfe eine wirkliche und dauerhafte Entschädigung bietet? Wir glauben nicht; denn nicht Liebe, sondern nur Bosheit wird seine Bundesgenossen bestimmen, welche selber den ganzen Freisinn als sichere Zukunftsbeute der Socialdemokratie betrachten.

Die Wahlen in Frankreich.

In der französischen Deputirtenkammer saßen bisher 381 Republikaner (Opportunisten und Radikale) und 203 Monarchisten und Boulangisten. Die Neuwahlen am Sonntag verliefen äußerlich ohne große Zwischenfälle; in Paris kam es zu boulangistischen Straßendemonstrationen, die vom Militär unterdrückt wurden, das war Alles. Nach einer Mittheilung des Ministeriums des Innern waren am Montag von den 586 vorzunehmenden Neuwahlen 560 bekannt, und zwar sind 224 Republikaner gewählt, darunter 167 Gemäßigte und 57 Radikale, ferner 159 Angehörige der Opposition, nämlich 86 Royalisten, 51 Bonapartisten und 22 Boulangisten. Stichwahlen sind 177 erforderlich, von denen man bei 135 einen für die Republikaner günstigen Ausfall erwartet. Die Mittheilung sagt am Schluß, die neue Kammer werde aus etwa 369 Republikanern und 201 Oppositionellen bestehen. Außer den 10 Wahlen in den Kolonien sind noch 16 Wahlen unbekannt.

Mag diese Berechnung auch zu optimistisch sein — die Blätter der Opposition rechnen auf eine Minorität von 225 Köpfen — so wird sich doch immerhin das Ergebnis dahin zusammenfassen lassen: Es bleibt Alles beim Alten, es giebt weder Sieger noch Besiegte. Der Boulangismus ist nicht todt und andererseits sind die Prahlereien des brave général nicht zur Wahrheit geworden. Es bleibt einerseits die Thatsache bestehen, daß ein verurtheilter Politiker, ein unter schimpflichem Verdacht seiner Ehren und Würden entkleideter General in Paris selbst, dem Hirne Frankreichs, gewählt worden ist und im Lande von seinem Anhange nichts eingebüßt hat; und die Wahlen beweisen andererseits, daß der Ansturm der Royalisten, die sich nicht scheuten, mit einem Boulanger gemeinsame Sache zu machen, auf die Republik einstweilen abgeschlagen worden ist.

Der Republik kam zweierlei besonders zu Statte: Einmal konnten die gemäßigten Republikaner als die Machthaber das Wahlresultat mit den kräftigsten Mitteln vorbereiten und sie haben von der Macht ausgiebigen Gebrauch gemacht. Zum Zwecke einer erfolgreicherer Abwehr der boulangistischen Gefahr war in der letzten Session ein neues Wahlgesetz geschaffen worden, welches an die Stelle des von Gambetta dem Lande einst aufgezwungenen Listenwahlverfahrens nach Departements das System der Einzelwahl nach Arrondissements treten ließ und die Vielkandidaturen eines und desselben Mannes untersagte, wodurch die Möglichkeit einer Art von Plebisit für Boulanger vermieden und nebenbei die Zahl der Deputirtenmandate ein wenig (von über 600 auf 586) herabgemindert wurde. Dann aber fiel der große Erfolg der Pariser Weltausstellung schwer zu Gunsten der Republik in's Gewicht. Hält man sich gegenwärtig, daß die Leitung der Wahlen diesmal völlig in der Hand der gemäßigten Republikaner lag, daß fernerhin die Verurtheilung